

Dobrodošao u Hrvatsku

von Thomas Nord

Kroatien soll am 01. Juli 2013 der 28. Mitgliedsstaat der EU werden. Dafür hat Kroatien einen langen Weg zurückgelegt, länger als alle anderen Beitrittskandidaten bisher. Deutschland hat vor dem Hintergrund des 20. Jahrhunderts eine besondere Verantwortung für den Westbalkan und so ist es gut, Kroatien als zweitem Land des ehemaligen Jugoslawien nach Slowenien mit dem Beitritt zur EU eine Perspektive zu bieten. Ohne die vorzeitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die BRD wären die jugoslawischen Sezessionskriege nicht in der Schärfe vonstatten gegangen, wie sie sich vollzogen haben.

Der Erweiterungsprozess ist aus unserer Sicht eine Chance für den gesamten West-Balkan, die nicht vertan werden darf. Jahrhundertlang war diese Region immer eine Pufferregion der angrenzenden Großmächte und ihrer politischen Willkür ausgesetzt. Das Beitrittsversprechen, das 2003 auf dem Gipfel von Thessaloniki gemacht wurde, war eine der wenigen vernünftigen Schlussfolgerungen aus der Sezession und der unrühmlichen Rolle Deutschlands in diesem. Es darf nicht - wie in den vergangenen Monaten geschehen - in Frage gestellt werden.

Denn in der Konsequenz stünde die Wiederkehr eines zerstückelten West-Balkans auf der Tagesordnung, der unter verschiedenen Hegemonialeinflüssen steht. Einen Vorgeschmack dieser Diskussion erleben wir in der momentanen Auseinandersetzung um den Hilfsantrag von Zypern. Dies hat gerade für den West-Balkan knapp einhundert Jahre nach Beginn des ersten Weltkriegs eine besondere Brisanz.

Die Aufnahme Kroatiens als 28. Mitgliedsstaat der EU wurde im letzten halben Jahr nicht nur von Bundestagspräsident Lammert offen in Frage gestellt. In einer anderen Formulierung wird von den Lehren aus den Beitritten von Rumänien und Bulgarien gesprochen. Auch wird das Bild gemalt, Kroatien wäre sehr bald das neue Griechenland. Kroatien wird zu diesem Zeitpunkt Mitglied der EU, nicht Mitglied der Euro-Zone. So sinnvoll und notwendig es ist, aus Erfahrungen zu lernen, ist es aus unserer Sicht nicht gerecht, den Staaten unterschiedliche Bedingungen für den Beitritt zu stellen, selbst wenn deren Lage nicht so optimistisch ist, wie das möglicher Weise wünschenswert wäre.

Das heutige Hauptproblem in Kroatien ist die wirtschaftliche Entwicklung. Das Rating von Kroatien ist in der Perspektive negativ. Die Gesamtverschuldung Kroatiens wächst auf 75 %. Ein Vergleich mit der Bundesrepublik zeigt, dass hier bereits 82 % überschritten sind. Auch die Wachstumsprognose für Kroatien in 2013 wird als zu optimistisch bewertet. Das kann angesichts der Rezession, in der die gesamte Euro-Zone steckt, nicht ernsthaft überraschen.

Die Arbeitslosigkeit in Kroatien ist hoch. Von 4,5 Millionen Einwohner_innen insgesamt sind 370.000 Menschen arbeitslos, seit Jahresbeginn ist das ein Anstieg um rund 12.000. Es ist zu erwarten, dass die Quote weiter steigt. Der Zwang zur Privatisierung der Werften, der in den Beitrittsverhandlungen ausgeübt wurde, war falsch. Wenn Kroatien heute einen Anteil der erwerbsfähigen Menschen von 52 Prozent hat, ist dies auch eine Folge dieser erzwungenen Politik.

Hinsichtlich der Werftenprivatisierungen differenziert die Kommission, soweit es um Vorbedingungen aus dem Beitrittsvertrag für den EU-Beitritt geht: Nur im Falle der Werft „Brodosplit“ muss die Privatisierung zum 1.7.2013 abgeschlossen sein. Bei den Werften „3. Maj“ und „Brodotrogir“ müssen alle Entscheidungen herbeigeführt worden sein, die für eine „nachhaltige“ Lösung erforderlich sind. Falls die Werftenprivatisierung bis zum 1.7.2013

nicht erfolgt, wird die EU-Kommission - unabhängig von der Frage des EU-Beitrittes - in allen drei Fällen die kroatische Regierung anweisen, alle seit 2006 geleisteten staatlichen Hilfsmaßnahmen für die Werften zurückzufordern. Diese Rückforderung treibt die betroffenen Werften zwangsläufig in den Konkurs. Davon sind dann bis zu 60.000 Arbeitsplätze betroffen. Diese neoliberale Politik schadet Kroatien und dem Ansehen der EU. Um die Erweiterung um den Westbalkan zu einem guten Ende zu bringen, brauchen wir einen Politikwechsel in der Privatisierungsstrategie.